

NACHRICHTEN

THAILAND



Morgentoilette im Me Nam Chao Praya, Bangkok

(Foto: R. Dusik)

Kinderprostitution im An- wachsen begriffen

Nach Aussagen des Children's Rights Protection Centre in Bangkok von Mitte Januar müsse man derzeit von ungefähr 800.000 prostituierten Kindern und Jugendlichen, v.a. Mädchen im Alter von 12 bis 16 Jahren, ausgehen. Die Zahl sei aufgrund der hohen Nachfrage im Anwachsen begriffen und umfasse zunehmend auch Mädchen verschiedener Bergstämme und birmanischer Dörfer an der Nordgrenze Thailands. Besorgniserregend sei die Tatsache, daß von den 200 vom Zentrum aufgenommenen Kinderprostituierten bis auf ein Kind alle von ihren Eltern an Zuhälter verkauft worden seien. Die Kaufsumme von 4000-7000 Baht pro Kopf (300-600 DM) verspricht den Eltern einen verbesserten Lebensstandard und damit ein höheres Sozialprestige. Der moralische Wert des

Schutzes der Menschenwürde der Kinder tritt hier hinter die gehobenen Konsumansprüche der Eltern und ihren Versorgungsanspruch an die Kinder zurück. Den Kindern winkt der Reiz des Großstadtlebens und die Vorstellung und Möglichkeit vom schnellen Gelderwerb.

Zynisch mag der Vorschlag des Innenministeriums klingen, daß Mittel und Ressourcen des Sozialministeriums geprüft werden sollen, denjenigen Eltern, die dringend Geld benötigen und deswegen ihre Kinder verkaufen wollen, Geld zu geben und den „gekauften Kindern“ dann bei der Arbeitssuche oder einem Berufstraining behilflich zu sein, so daß sie nicht in der Prostitution landen. Sind hier anstelle von persönlichen Patenschaften nicht eher strukturelle Maßnahmen auf dem Land gefragt?

So beklagen Nicht-Regierungs-Organisationen die Fahrlässigkeit des Arbeitsministe-

riums bei der Überprüfung der Einhaltung der Arbeitsgesetze, die Kinderarbeit unter 15 Jahren untersagen. Sie fordern eine grundsätzlich andere Herangehensweise, eine verstärkte Bewußtseinsbildung auf dem Land und die Beseitigung der Pull- und Push-Faktoren, die Kinder vom Land in die Stadt abwandern lassen, durch die Förderung ländlicher Entwicklungs- und Ausbildungsprojekte.

Dr. Udomslip Srisaengnom, Abgeordneter der Palang-Dharma-Partei, der ein verschärftes Strafmaß bei Zuhältereien mit unter 18jährigen Jugendlichen fordert, hält den Aufbau eines Koordinationszentrums zur Überprüfung und Koordination der Arbeit der Crime Suppression Division, der örtlichen Polizei, von Parlamentariern und Öffentlichkeit zur Aufklärung und zum Schutz von Fällen zwangsprostituierter Kinder für sinnvoll.

vgl.: BP v. 16.1., 17.1., 18.1., 2.2., 5.2., 11.2., 12.2.89

Legalisierung der Prostitution erneut in der Diskussion

Nachdem bereits 1974 ein derartiger Vorstoß im Parlament verworfen worden war, hatte sich 1981 erneut eine hitzige Debatte zur Legalisierung der Prostitution in Thailand entfacht. Am 16.2.89 erklärte nun Innenminister Pramarn Adireksarn, daß er der regierenden Chat-Thai-Partei eine Gesetzesinitiative, die die Registrierung von Prostituierten und eine härtere Bestrafung von Zuhältern vorsehe, vorlegen werde.

Generalmajor Pramarns unverblümter Vorstoß ist eine Reaktion auf die in den Medien der letzten Zeit verstärkt aufgegriffene Diskussion der Kinderprostitution und wiederholter Vorwürfe der Bestechlichkeit und des Protektionismus durch die Polizei.

THAILAND

NACHRICHTEN

„Die Realität ist, daß Prostitution existiert. Wir müssen offen darüber reden. Es ist Zeit, daß in unserer Gesellschaft Prostituierte registriert werden, so daß rechtliche Schritte zur Kontrolle und zum Schutz der in diesem Dienstleistungsbereich tätigen Personen ergriffen werden können. Unser Gesetz und die gesellschaftliche Wirklichkeit widersprechen sich, dies hat zu Problemen bei der mit der Gesetzesausführung beauftragten Polizei geführt.“

Ministerin im Premierministeramt Supatra Masdit, eine der schärfsten Kritikerinnen Pramarns, befürchtet, daß die Registrierung der Prostituierten allenfalls dem Menschenhandel Vorschub leisten würde. Die einzige Lösung des Problems sieht sie, in Übereinstimmung mit einigen Frauenorganisationen, in der Inangriffnahme und Beseitigung der ländlichen Armut als wesentlicher Ursache der verbreiteten Prostitution. Sie fordert stattdessen die umgehende Verabschiedung einer Gesetzesänderung des Prostitutionsgesetzes von 1960, die härtere Strafen für Kuppelei vorsieht. Der Gesetzesentwurf war bereits unter der Vorgängerregierung Prem vom Repräsentantenhaus gebilligt, aber dem Senat noch nicht vorgelegt worden. Ende 1988 unter der neuen Regierung Chatichai

erneut eingebracht, liegt er nun zur Überprüfung beim Innenminister vor.

Das Gesetz sieht eine Anhebung der Bestrafung von Kupplern von bisher 3 Monaten auf ein bis sieben Jahren und eine Geldstrafe von 6.000-40.000 Baht vor. Das Strafmaß erhöht sich danach auf das Doppelte bei Kuppelei mit Unter-18-Jährigen. Ebenfalls soll ausdrücklich die Gefangennahme zum Zwecke der Prostitutionsausübung unter Strafe gestellt werden. In der Gesetzesänderung seien bislang keine rechtlichen Schritte gegen Eltern geplant, die ihre Kinder verkaufen. Für Prostituierte sei kein festes Strafmaß vorgesehen und es ins Ermessen der Richter gestellt, Prostituierte für eine gewisse Zeit zur Therapie in Rehabilitationszentren einzuweisen.

Die Gesetzesänderung war auch Gegenstand der Diskussion des nationalen Komitees zur Förderung der Frau (National Committee on the Promotion of Women's Affairs) am 8. März, das beim Innenministerium eine Eingabe über die Dringlichkeit der zügigen Umsetzung der Gesetzesinitiative machte.

„Wesentlich ist es, die existierenden Gesetze aber auch konsequent umzusetzen“, so Siriporn Skrobaneck von der Foundation for Women.

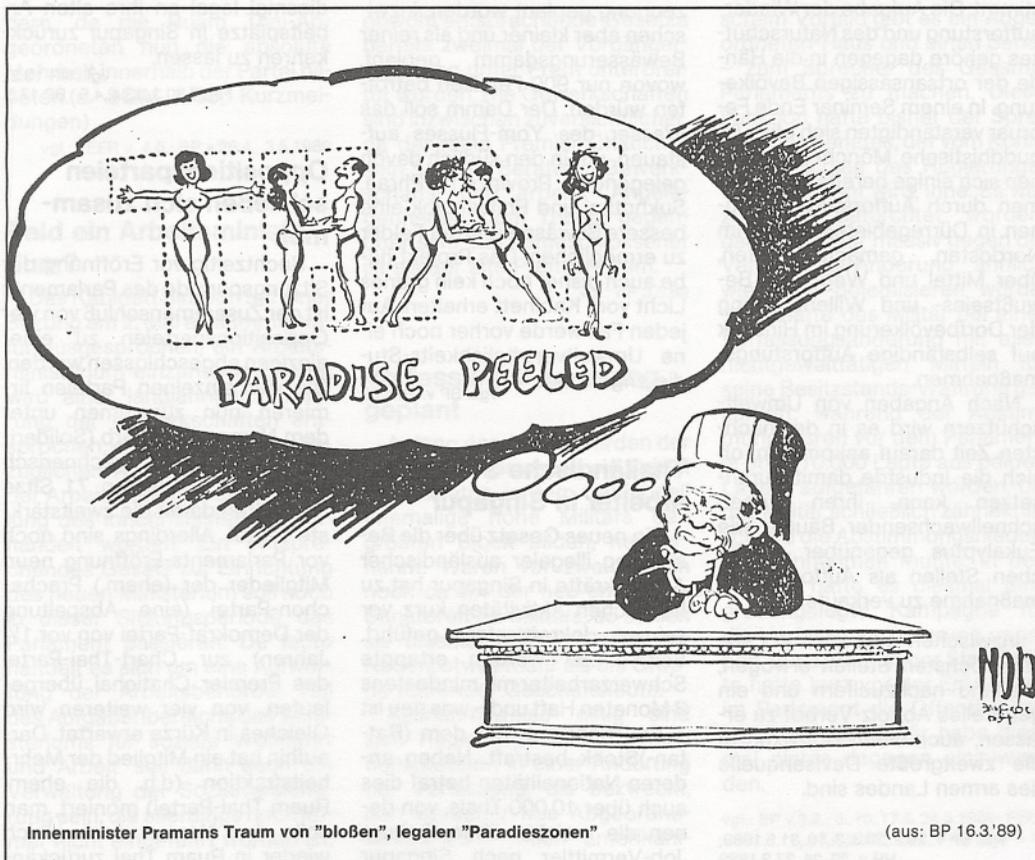
Unter dem öffentlichen Druck sah sich der Polizeigeneraldirektor Pow Sarasin Mitte Februar zur Anordnung drastischer Aktionen gegen Kuppler und Polizisten, die in Prostituiertenringen involviert sind oder diese schützen, gezwungen. Die verschärfte Razzientätigkeit in Fällen vermutterter Zwangsprostitution und das (zeitweilige) Schließen einiger Bordelle, stehen in diesem Zusammenhang.

Premier Chatichai hat auf Anfrage verschiedener Frauengruppen bzgl. seiner Position zur Legalisierung seine völlige Ablehnung des innenministeriellen Vorstoßes deutlich gemacht. Es wird nun ein Komitee zur Klärung dieses Problems eingesetzt, das aus Repräsentanten des Innenministeriums, Mitgliedern von Frauengruppen, Abgeordneten, Prostituierten und Bordellbesitzern zusammengesetzt sein wird. Vgl. BP v. 16.2., 18.2., 9.3.89; NR v. 16., 17., 18.2.89

Treffen von 160 Bordellkönigen in Hatyai

Am Vorabend der Ankunft von Mitgliedern des Kabinetts, das am 4.3. zu einer außerhalb Bangkoks stattfindenden Sitzung in Hatyai zusammentraf, wurde eine großangelegte Razzia mit der Folge der Festnahme von 10 Bor-

dellbesitzern und der Schließung aller bordellartigen Etablissements in Hatyai, Südthailand, durchgeführt. Am 2. März kam es daraufhin zum Treffen von 160 Bordellbetreibern im Grand-Plaza-Hotel, das von der Association of Tourism Business von Songkhla initiiert wurde. Dem Vorsitzenden der Vereinigung, selbst Besitzer eines Massage-salons, ist vor allem daran gelegen, die AIDS-Verbreitung in Hatyai mit allen ihren negativen Auswirkungen auf den Tourismus in der Region zu unterbinden. Die zusammengekommenen Bordellbetreiber, die die ca. 900 Prostituierten von Hatyai beschäftigen, machten sich im Einvernehmen mit dem Innenministervorschlag für die Legalisierung der Prostitution stark, da dann die Schmiergelder für die Polizei entfielen und sie ohne Intervention unbehelligt ihr Geschäft weiter betreiben könnten. Sie stimmten im Gegenzug gewissen Reglementierungen zu, auf deren Einhaltung sie sich verpflichten würden: keine Mädchen unter 18 Jahren als Prostituierte arbeiten zu lassen, Mädchen nicht zur Prostitution zu zwingen, zu schlagen und zu mißbrauchen und Anspruch der Mädchen auf einen gerechten Anteil an ihrem Verdienst und auf eine regelmäßige Gesundheitskontrolle. vgl.: BP v. 3.3.; 10.3.89



Innenminister Pramarns Traum von "bloßen", legalen "Paradieszonen"

(aus: BP 16.3.'89)

Die Nationale Frauenkommission – ein Geschenk des Premierministers!

Aus Anlaß des diesjährigen Internationalen Frauentages versammelten sich dieses Jahr 150 VertreterInnen von Frauen- und Nicht-Regierungsorganisationen zu einem vom Premierministerium initiierten Seminar, in dessen Zentrum die Auswertung der vergangenen Entwicklungspolitik im Hinblick auf die Frauenförderung, das Aufzeigen kritischer, die Frauen betreffender Problempunkte und die Schaffung einer Kooperation und Koordination der verschiedenen Frauengruppen standen.

Als Höhepunkt des Zusammentreffens wurde die Nationale Kommission für die Förderung und Koordination von Frauenangelegenheiten (National Commission for the Promotion and Coordination of Women's Affairs) etabliert – schon seit Beginn der UN-Frauendekade 1975 angeregt – deren Vorsitz der Premierminister Chatichai und als Stellvertreterin die Ministerin Supatra Masdit führt. Der Kommission gehören sowohl staatlich-

NACHRICHTEN

THAILAND

che als auch nichtstaatliche Organisationen mit sehr kontroversen Standpunkten zur derzeitigen Stellung der Frau und der Politik ihrer Förderung an. Der Kommission werden zukünftig folgende Aufgaben übertragen: — im Kabinett politische Veränderungsvorschläge zur Frauenrolle und ihrer gesellschaftlichen Stellung zu unterbreiten; — Nationale Frauenpläne zu koordinieren, zu prüfen und auszuwerten; — den Behörden bei ihren Bemühungen um die Lösung der Frauenprobleme behilflich zu sein; — dem Premierministerium Beobachtungen und Vorstellungen bei Gesetzesänderungen und -verabschiedungen, die die För-

derung der Stellung der Frau betreffen, zu unterbreiten; — dem Kabinett einen Jahresbericht zur Situation der thailändischen Frauen vorzulegen; — Projekte des Kabinetts, die Frauen betreffen, umzusetzen und durchzuführen.

Nach der Eröffnung durch den Premier überreichten ihm einige Frauengruppen aus dem Nicht-Regierungs-Spektrum einen offenen Brief, in dem sie die Pläne des Innenministeriums, Prostitution zu legalisieren, angreifen. Sie fordern stattdessen, die Prostituierten in Zukunft nicht weiterhin zu kriminalisieren und das Prostitutionskontrollgesetz (Prostitution Control Bill) sowie die übliche Praxis der polizeilichen Registrierung und Berichterstat-

tung über Prostituierte abzuschaffen. Die Gesetze zum Verbot der Kinderprostitution unter 18 Jahren und der härteren Bestrafung von Kunden und Zuhältern von minderjährigen Prostituierten müßten entschieden durchgesetzt sowie den Jugendlichen auf dem Land eine außerinstitutionelle Berufsausbildung ermöglicht werden. Eine öffentliche Kampagne, die sich gegen den Verkauf von Kindern richtet, sei ebenso notwendig wie die Durchführung einer Untersuchung zu prostitutionsbezogenen Problembereichen.

vgl.: BP v. 8., 9.3.89

Arbeiterinnenprotest

Dreihundert Edelsteinschneider- und -schleiferInnen prote-

stierten anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März vor dem Parlamentsgebäude und forderten die Regierung auf, die Probleme von ArbeiterInnen ernst zu nehmen und ihnen Abhilfe zu verschaffen. Die ArbeiterInnen der thai-belgischen Edelsteinschleif- und -schneideindustrie, Thai-Belgium Lapidary Industry Co., sind z.B. seit mehr als zwei Monaten ausgesperrt, obwohl längst ein Kompromiß erzielt sei. Die Ministerin beim Premierministerium Supatra Masdit sicherte den ArbeiterInnen zu, ihre Probleme an den zuständigen Minister im Innenministerium, Vatana Asavahame, weiterzuleiten.

vgl.: BP v. 9.3.89; AWWN Vol. 8, No. 1

Abholzungs-Verbot und Eukalyptus

Zwei der ersten Gesetze, die nach der Eröffnung der neuen Parlaments-Periode Anfang Mai 1989 zur Abstimmung vorgelegt wurden, waren Gesetze zum Abholzungsverbot in ganz Thailand. Die Opposition hatte zwar ihre Gegnerschaft zu diesen Gesetzen angekündigt, aber die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind eindeutig (etwa 2/3 für die Regierungsparteien). Außerdem wurde die Debatte live im Fernsehen übertragen, so daß sich niemand gegen das Verbot stark machen wollte.

Staatliche Institute in Übereinstimmung mit Firmen wie SHELL preisen in Seminaren die Vorteile der Wiederaufforstung mit Eukalyptus-Plantagen an. Immer wieder werden, um die Ernsthaftigkeit des Regierungsapparates hinsichtlich der Durchsetzung des Verbotes zu untermauern, Holzfäller-Trupps verhaftet, d.h. meist Tagelöhner, die mit der Kreissäge unterwegs sind und dafür 30 Baht am Tag verdienen. Die Armee verkündet, daß sie allein in Südthailand über 60 Trupps zur Bewachung der Forste aufgestellt und im Einsatz hat.

Mehr und mehr Familien werden vom Land vertrieben, das erst, nachdem sie dort siedelten, zum Naturschutzgebiet erklärt wurde. Unter den betroffenen Siedlern geht deshalb der Spruch um, nicht sie wären in den Wald eingedrungen, sondern der 'Wald' in ihre Ansiedlung nach offiziellen Zahlen gibt es 7 Millionen illegale Siedler. Ende Februar wurde ein Gebiet in der Provinz Chachoengsao, Teil des Eastern Seaboard-Industrialisierungsgebietes, in einer Nacht- und Nebel-Aktion geräumt. Für

über 400 Familien, die in drei angrenzenden Gebieten leben ist Ende Mai die Räumfrist. Sie sollen umgesiedelt und ihnen pro Familie 2,5 ha Land zugeteilt werden. Bei Weigerung werden sie zwangsgeräumt. Es ist davon auszugehen, daß in dem Gebiet eine größere Eukalyptus-Plantage geplant ist.

Umweltschützer und vereinzelte Beamte weisen darauf hin, daß die Anpflanzung von Eukalyptus-Plantagen allenfalls im Sinne des Profits privater Firmen ist aber keinesfalls mit den Kriterien einer für den Naturschutz relevanten Aufforstung übereinstimmt. Die Aufgabe der Wiederaufforstung und des Naturschutzes gehöre dagegen in die Hände der ortsansässigen Bevölkerung. In einem Seminar Ende Februar verständigten sich etwa 50 buddhistische Mönche, von denen sich einige bereits einen Namen durch Aufforstungs-Aktionen in Dürregebieten, meist im Nordosten, gemacht hatten, über Mittel und Wege der Bewußtseins- und Willensbildung der Dorfbevölkerung im Hinblick auf selbständige Aufforstungsmaßnahmen.

Nach Angaben von Umweltschützern wird es in der nächsten Zeit darauf ankommen, ob sich die Industrie damit durchsetzen kann, ihren Anbau schnellwachsender Bäume wie Eukalyptus gegenüber staatlichen Stellen als Aufforstungsmaßnahme zu verkaufen.

Inzwischen wird auch in Laos von höchsten Stellen erwogen, Thailand nachzueifern und ein generelles Abholz-Verbot zu erlassen, auch wenn Holzexporte die zweitgrößte Devisenquelle des armen Landes sind.

vgl.: BP v. 20.2., 26.3., 3., 10., 31.5.1989; NR v. 23., 24., 27.2.1989

Dorfbewohner demonstrieren gegen neuen Staudamm

Über 7.000 Dorfbewohner haben in der Provinz Phayao/Nordthailand gegen den Plan demonstriert, hier einen neuen Staudamm zu bauen. Sie befürchten, daß dann 5.000 Menschen umgesiedelt werden müssen und ihr Ackerland verloren geht. Sie haben gedroht, mit allen Mitteln den Dammbau zu verhindern. Demgegenüber hat der stellv. Landwirtschaftsminister erklärt, der Damm sei ursprünglich als Mehrzweckdamm mit Stromerzeugung geplant worden, inzwischen aber kleiner und als reiner Bewässerungsdamm geplant, wovon nur 900 Familien betroffen würden. Der Damm soll das Wasser des Yom-Flusses aufstauen, um in den südlich davon gelegenen Provinzen Phrae, Sukhothai und Phitsanulok eine bessere Bewässerung der Felder zu ermöglichen. Das Projekt habe auch bisher noch kein grünes Licht vom Kabinett erhalten. Auf jeden Fall werde vorher noch eine Umweltverträglichkeits-Studie angefertigt.

vgl.: BP v. 26.4.89

Thailändische Schwarzarbeiter in Singapur

Ein neues Gesetz über die Bestrafung illegaler ausländischer Arbeitskräfte in Singapur hat zu hektischen Aktivitäten kurz vor seinem Inkrafttreten geführt. Seit 1.4.89 werden ertappte Schwarzarbeiter mit mindestens 3 Monaten Haft und – was neu ist – drei Schlägen mit dem (Rattan-)Stock bestraft. Neben anderen Nationalitäten betraf dies auch über 10.000 Thais, von denen die meisten über obskure Job-Vermittler nach Singapur

vermittelt wurden. In einer groß angelegten Aktion versuchte die thailändische Regierung mit 4 Schiffen, Sonderzügen und -Flügen, die Arbeiter vor Ablauf der Frist am 31.3.89 'nach Hause' zu holen.

Die Regierung in Singapur dagegen, schon immer rigoros gegenüber ausländischen Arbeitern, schien zu befürchten, daß man nach einem möglichen Rückgang der Konjunktur diese Arbeiter nicht wieder los würde. Nach mehreren Gesprächen von Regierungsvertretern beider Staaten, hat Singapur Anfang Mai zugestimmt, 9.800 Thais diesmal legal an ihre alten Arbeitsplätze in Singapur zurückkehren zu lassen.

vgl.: NR 13.2.; FEER 30.3., 13.4., 4.5.; BP 17.5.

Oppositionsparteien schließen sich zusammen

Rechtzeitig vor Eröffnung der Sitzungsperiode des Parlaments ist der Zusammenschluß von vier Oppositionsparteien zu einer einzigen abgeschlossen worden. Die vier einzelnen Parteien firmieren nun zusammen unter dem Namen Ekkaparb (Solidaritäts-)Partei. Rein rechnerisch hätten sie zusammen 71 Sitze und wären damit die zweitstärkste Partei. Allerdings sind noch vor Parlaments-Eröffnung neun Mitglieder der (ehem.) Prachachon-Partei (eine Abspaltung der Demokrat-Partei von vor 1 1/2 Jahren) zur Chart-Thai-Partei des Premier Chatchai übergelaufen, von vier weiteren wird Gleiches in Kürze erwartet. Daraufhin hat ein Mitglied der Mehrheitsfraktion (d.h. die ehem. Ruam Thai-Partei) moniert, man solle den Namen doch gleich wieder in Ruam Thai zurückkän-

THAILAND

NACHRICHTEN



Ministerin Supatra Masdit (links) spricht mit protestierenden Edelstein-Schneider- und -Schleiferinnen vor dem Regierungsgebäude

(aus: BP 9.3.'89)

dern, da die Ruam Thai-Abgeordneten nun die absolute Mehrheit innerhalb der Partei bildeten. (s. SOAI 1/89, Kurzmeldungen)

vgl.: FEER v. 4.5.; BP v.26.4., 3.5.1989

Bald ein Arbeitsministerium?

Das Kabinett hat sich auf einer Sitzung am 2. Mai einstimmig dafür ausgesprochen, ein Arbeitsministerium einzurichten. Damit wird einer langjährigen Forderung der Gewerkschaften entsprochen, da bisher alle diesbezüglichen Angelegenheiten von der Arbeitsbehörde, einer Abteilung des Innenministeriums behandelt wurden. Ein entsprechendes Gesetz zur Einrichtung des neuen Ministeriums soll noch in dieser Sitzungsperiode das Parlament passieren. De facto handelt es sich um eine Aufwertung der Arbeitsbehörde. Teil des Aufgabenbereichs des 'Ministeriums für soziale Wohlfahrt und Arbeit' soll dann auch die Verwaltung der Sozialversicherung sein, die allerdings noch immer nicht eingeführt worden ist,

obwohl entsprechende Gesetze bereits zweimal der Vorgängerregierung unter Prem unterbreitet wurden. Die Gewerkschaften sind inzwischen zuversichtlicher, da der neue Premier Chatichai, sein Sohn ist Berater in Gewerkschafts- und Arbeits-Angelegenheiten, dem Thema gegenüber sehr viel aufgeschlossener ist als der alte Premier Prem.

vgl.: BP 3.5.89

Verfassungs-Änderung geplant

Anfang des Jahres wurden der Senatsprecher sowie ein Drittel des Senates, in dem traditionell ehemalige hohe Militärs den größten Block bilden, neu ernannt. Waren vor zwei Jahren noch ca 3/4 der neu ernannten Senatoren Ex-Militärs, so stellen sie diesmal nur ein Drittel der Neuen, etwas mehr als die Gruppe führender Geschäftsleute.

Ausnahmsweise einig sind sich Regierungs- und Oppositionsparteien in einer Änderung der Verfassung, die bezweckt, den Sprecher des Abgeordnetenhauses – nach amerikani-

schem Vorbild gibt es ein Abgeordnetes-Haus und einen Senat – zum Sprecher des Gesamt-Parlaments zu machen. Diese Funktion hatte bisher der Sprecher des Senates, der vom König auf Vorschlag des Regierungschefs ernannt wird, inne. Es war zunächst befürchtet worden, daß das Militär massiv gegen die Verfassungs-Änderung ähnlich wie 1983 polemisieren würde. 1983 hatte das Militär bei einer Verfassungsänderung mit allen nichtgewalttätigen Mitteln für seine Besitzstands-Wahrung gekämpft, während der Abstimmung waren vor dem Parlament je etwa 10.000 Leute aus beiden Lagern aufgeföhren worden, bis das Militär schließlich zähneknirschend die Abstimmungsniederlage hinnehmen mußte. In den Medien hatte es diesmal eine großangelegte Kampagne für die Verfassungsänderung gegeben, der Sprecher der Streitkräfte hatte kurz vor der Erörterung im Parlament die Öffentlichkeit beruhigt, das Militär habe diesmal nichts dagegen einzuwenden.

vgl.: BP v.3.2.; 3.,10.,17. & 24.5.1989; FEER v. 13.4.1989, S.22; 4.5.1989, S.14

Das Militär im 'Krieg gegen die Armut'

Da derzeit keine aktuelle Bedrohung Thailands von innen oder außen zu erwarten ist, macht man sich in der Militärführung Gedanken, wie man seine Existenz (und das hohe Budget...) rechtfertigen kann.

In den letzten zwei Jahren hat es einen regen Einkauf schwerer Waffen gegeben hauptsächlich Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Kampfflugzeuge zu Freundschaftspreisen aus der VR China. Als Begründung wird angeführt, das Militär müsse professioneller und schlagkräftiger werden. Ein Teil der aufgerüsteten Einheiten soll demnächst aus der Zentralebene in den Nordosten verlegt werden, näher an den letzten möglichen Feind Indochina heran. Der Nordosten soll bei Lösung des Kampucheankonfliktes nach Vorstellung von Premier Chatichai zum Zentrum des indochinesischen Wirtschaftsraumes werden. Der stellv. Oberkommandierende rechtfertigt das gestiegene militärische Angriffspotential mit seiner hohen Abschreckungswirkung, An-

NACHRICHTEN

THAILAND

griffsfähigkeit sei die beste Abschreckung.

Derweil hat der Oberkommandierende Chaovalit bekanntgegeben, daß zwei neue Divisionen aufgestellt würden, die ausschließlich gegen Armut und Unterentwicklung „in den Krieg zögen“. Chaovalit, der die innenpolitischen Rolle des Militärs in Indonesien beispielhaft findet, will eine 'Entwicklungs-Division' im Nordosten stationieren, die andere in Südthailand. Für die Militär-Regionen 1 (Zentralebene & Bangkok) und 3 (Norden) sollen weitere 2 Divisionen zu einem späteren Zeitpunkt folgen. Im Nordosten hatte Chaovalit vor 2 Jahren das Projekt 'Grüner Nordosten' (=Isarn) initiiert, dessen Resultate allerdings kaum spürbar sind. Vielleicht soll die neue Division hier Abhilfe schaffen.

Im Süden stößt der Plan auf wenig Gegenliebe: Die offizielle Zivilverwaltung sieht darin einen Mißtrauensbeweis ihr gegenüber, die Moslems trauen der Armee alles zu, aber nicht, daß von ihr wirkliche Hilfe zu erwarten ist.

Ganz offensichtlich sieht das Militär, daß es auf die politischen und militärischen Veränderungen der letzten 15 Jahre irgendwie reagieren muß.

vgl.: FEER v. 9.; 30.3. 89, S.19 u. 56;
4.5.89, S. 17

Chemieabfälle in Brand geraten

Im Hafengebiet von Bangkok kam es am 23. April zu einem Feuer, als importierter Giftmüll, Abfallstoffe aus der Insektizid-Herstellung, aus der VR China auf ungeklärte Weise in Brand geriet. Dabei entstand neben üblem Gestank auch giftiger Rauch, der bei über 520 Anwohnern zu Erbrechen, Schwindel-

anfällen und Kopfschmerzen führte, - 10 Menschen mußten mit diesen Vergiftungen stationär behandelt werden. Nach wie vor liegen aber noch einige hundert Fässer Giftmüll in Bangkoks Hafen Klong Toey, von denen keiner weiß, welche Substanz sie enthalten, - nur daß diese giftig sind, ist bekannt: Einige Fässer sind leckgerostet. Als Ursprungsort wird Singapur genannt, aber die Regierung des Stadtstaates bestreitet dies energisch. vgl.: BP v.3.5.89

Santi Asoke-Führer die Priesterschaft aberkannt

Der Führer der Santi Asoke, Phra Potirak, soll seines Priesteramtes enthoben werden, zu diesem Beschluß kam der Kirchenrat des buddhistischen Ordens Thailands. Der Kirchenrat hatte einen Ausschuß mit der Untersuchung der Santi Asoke beauftragt und auf einer Versammlung von 150 Äbten wurden die Ergebnisse der Untersuchung diskutiert und dem Kirchenrat empfohlen, Phra Potirak die Priesterwürde zu nehmen. Der Kirchenrat wird nun nur noch die Formalien abzuwickeln haben. Der für seine Kritik an der verweltlichten Lebensführung vieler Mönche, speziell in städtischen Klöstern, bekannte Phra Potirak wird vor einem weltlichen Gericht die Entscheidung des Ordens anfechten, hat aber gesagt, daß es ihm im Prinzip nichts ausmache, da er auch weiterhin als Führer der Santi Asoke buddhistischer Mönch und bei seiner Auffassung bleiben werde.

Die Auseinandersetzung um Santi Asoke ist nicht nur auf den Orden selbst beschränkt, sondern hat auch eine politische

Seite: Die Santi Asoke kritisiert die meisten Politiker als selbstsüchtig, gleichzeitig gibt es einige wenige Politiker, die sich der Santi Asoke verbunden fühlen, darunter Bangkoks Gouverneur Chamlong, und die eine 'ehrlichere Politik' vertreten. Der für Religionsfragen zuständige Erziehungsminister und Ex-General Manas hat denn auch öffentlich seine Befriedigung über den Beschluß des Kirchenrates verkündet und die Hoffnung, nun wieder Ruhe zu haben, geäußert. vgl.: BP v. 24.,31.5.89

Probleme des Nordens dem Kabinett benannt

Bis zur letzten Veranstaltung dieser Art am 13. Mai in Chiang Mai waren die einmal im Monat außerhalb Bangkoks stattfindenden Kabinettsitzungen ein Propaganda-Erfolg, den sich der Premier selbst ans Revers heften konnte.

Rechtzeitig zu dieser Sitzung in Chiang Mai/Nordthailand hatte es ein Treffen von 32 nicht-staatlicher Organisationen für die ländliche Entwicklung des Nordens in der Uni von Chiang Mai gegeben, auf dem sechs herausragende Probleme benannt wurden, die den Norden betreffen und dem Premier vorgelegt werden sollten:

- Der Waldbestand ist auf 48 Mio rai zusammengeschrumpft, bei einer jährlichen Vernichtung von weiteren 750.000 rai. Der Tourismus-Boom wurde als einer der Hauptgründe für die rasante Abholzung angeführt, da überall neue Erholungsstätten gebaut würden. Die Regierung wurde aufgefordert, ihre Politik der Öffnung von Naturschutzgebieten für gewerbliche Nutzung aufzu-

geben. Gleichzeitig wurde die Regierung aufgefordert, die Durchführung des Schutzes des Waldes örtlichen Organisationen zu überlassen.

- Landlose Bauern stellen inzwischen einen Anteil von 30% dar, in einem Land, in dem früher das Phänomen der Landlosigkeit gänzlich unbekannt war. Diese Zahl wird in Zukunft noch ansteigen, wenn weiteres Land für Staudämme und Erz-Abbau der Landwirtschaft verloren geht.

- Die Werbung für und Förderung des Tourismus habe in der Vergangenheit einseitig lediglich auf den ökonomischen Nutzen abgezielt, ohne die Erhaltung und Pflege von Kultur, Kunst und Tradition zu beachten.

- Die Regierung sehe die Bergstämme als Unruhestifter und Ärgernis an, deshalb sei die Politik den Bergstämmen gegenüber bspw. bei Umsiedlungsmaßnahmen tendenziell von Gewalt geprägt, stattdessen solle die Regierung nachsichtiger sein und den Bergstämmen Siedlungsrechte geben.

- Kleinbauern kämen im Kalkül der Regierung praktisch nicht vor. Unterstützung erhielten stets Großbauern und Agro-Firmen. Die Regierung solle doch auch eine Finanzierungshilfe für Kleinbauern zur Verfügung stellen.

- In der Frage der Registrierung von Prostituierten solle die Regierung dieses Vorhaben aufgeben und endlich aufhören, Prostituierte als Kriminelle zu behandeln.

Die Aussicht, daß künftige up-country-Sitzungen des Kabinetts ähnlich vorbereitet würden, ist vielleicht auch ein Grund, in Zukunft wieder ausschließlich in Bangkok zu tagen. vgl.: BP v.10.5.89

Kurzmeldungen:

*** Die Netto-Profitrate der 14 größten Banken Thailands erreichten alleine im 1. Quartal 1989 lächerliche 1,881 Milliarden Baht, - meldete die Bangkok Post. Der Profit der Bangkok Post selbst: Im letzten Geschäftsjahr stieg um 162%... (BP 10.,17.5.89)

*** Rund 50 kommunistische Aufständische hat der Gouverneur der Provinz Mae Hong Son im Norden Thailands (an Burma angrenzend) ausgemacht. Die Aufständischen operierten in drei Gruppen, arbeiteten mit örtlichen Banditen sowie der Kommunistischen Partei Burmas zusammen und hätten bisher jede Auseinandersetzung mit der Staatsmacht vermieden. (BP 10.5.89)

*** Gefangene in Thai-Gefängnissen, deren AIDS-Erkrankung be-

reits ausgebrochen ist, sollen benadigt werden, um von der Verwandtschaft versorgt zu werden. Davon betroffen wären auch einige Ausländer, die wegen Drogenhandels einsitzen. (BP 3.5.89)

*** 16 Hotels in Bangkok wurden bereits jetzt ausgesucht, um die Teilnehmer der nächstjährigen IMF/WB-Tagung in Bangkok zu beherbergen. Parallel dazu gibt es bei NGOs in Bangkok erste Überlegungen zu Protestformen anläßlich dieser Tagung. (BP 10.5.89)

*** Die Tourismusbehörde rechnet nach den 4,07 Mio Touristenankünften im Jahr 1988 mit einem Plus von 20% für 1989. (BP 24.5.89)

*** Armeeführer Chaovalit hat die Verhaftung von Verantwortlichen

des 'Sapha Patiwat', des 'Revolutionären Rates' (s. SOAI 2/87) angeordnet, einer Gruppe, die sich als Verfechter Chaovalit'scher Ziele sieht (bzgl. Demokratie, Grüner Nordosten etc.). Die Geheimpolizei hat daraufhin die Führer zu einer Unterredung in ihr Hauptquartier zitiert, um den Inhalt einer dubiosen Veröffentlichung zu klären. (BP 31.5.89)

*** In Südthailand soll ein neues Industriegebiet entstehen: Je ein Tiefsee-Hafen an der West- und Ostküste (Prov. Surat Thani und Krabi), dazu eine Rohölverladestation und eine Raffinerie in Krabi und eine Pipeline nebst Straße und Eisenbahnlinie zwischen beiden Häfen. Krabi und die beiden nördlich angrenzenden Provinzen Phang-Nga und Phuket sollen zu

einem großen Tourismus-Gebiet ausgebaut werden.

(FEER 30.3.89; BP 3.5.89)

*** Die US-Zigaretten-Multis haben eine Bestrafung Thailands nach § 301 des US-Außenhandelsgesetzes verlangt, da der Import ihrer Ware in Thailand verboten ist. Dies gibt den thailändischen Hardlinern Recht, die sagen, daß solche Strafaktionen nach § 301 des US-Handelsgesetzes ein permanentes Damoklesschwert sind: erst Medikamente, dann Computer-Software, jetzt Zigaretten. Für Kugellager-Exporte wird inzwischen ein Strafzoll erhoben, weil diese fast ausschließlich von japanischen Tochterunternehmen in Thailand hergestellt werden, um Strafzölle im direkten Handel Japan - USA zu umgehen. (BP 26.4.,3.,17.5.89)